



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Entspannung. Eine der bedeutendsten Stellen des dritten Bismarckbandes ist ohne Zweifel diejenige, die über Caprivis Übernahme des Kanzlerpostens berichtet. Zwischen Tür und Angel der Reichstanzlei, erzählt Bismarck, habe Caprivi geäußert: „Wenn ich in der Schlacht an der Spitze meines zehnten Korps einen Befehl erhalte, von dem ich befürchte, daß bei Ausführung desselben das Korps, die Schlacht und ich selbst verloren gehe, und wenn die Vorstellung meiner sachlichen Bedenken keinen Erfolg hat, so bleibe mir doch nichts übrig, als den Befehl auszuführen und unterzugehen. Was ist nachher weiter? Mann über Bord.“ Bismarck kommentiert diese Stelle folgendermaßen: „In dieser Auffassung liegt der schärfste Ausdruck der Gefinnung des Offizierkorps, welche den letzten Grund der militärischen Stärke Preußens in diesem und dem vorigen Jahrhundert gebildet hat und hoffentlich ferner bilden wird. Aber auf die Gesetzgebung, die Politik, die innere und die äußere, übertragen, hat dieses, auf einem eigentlichen Gebiete bewunderungswürdige Elemente doch keine Gefahren; die heutige Politik eines Deutschen Reiches mit freier Presse, parlamentarischer Verfassung, im Drange der europäischen Schwierigkeiten, läßt sich nicht im Stile einer durch Generale ausgeführten königlichen Ordre betreiben. Auch wenn die Begabung des beteiligten deutschen Kaisers und Königs von Preußen, der Friedrichs II. mehr als ebenbürtig ist . . . Die Politik an sich ist noch kein Schlachtfeld, sondern nur die sachkundige Behandlung der Frage, ob und wann Krieg notwendig sein wird und wie er sich mit Ehren verhüten läßt. Ich kann die Caprivische Schlachtfeldtheorie nur gelten lassen in Situationen, wo die Existenz der Monarchie und des Vaterlandes auf dem Spiele steht, in Situationen, für welche der Begriff der Diktatur sich geschichtlich ausgebildet hat, wie ich als solche beispielsweise die Lage von 1862 ansah.“

Niemand wird behaupten können, daß das siegreiche Frankreich heute in einer derartigen Situation, sei es überhaupt, sei es auch nur Deutschland gegenüber, ist. Frankreich braucht keine Diktatur, denn Frankreichs Bestand, auch wenn der Revanchegeist in Deutschland noch viel stärker wäre als er ist, ist nicht gefährdet. Dennoch hat der französische Ministerpräsident, wie die ersten Kammerfügungen beweisen, alle Hände voll zu tun, um die Schlachtfeldtheorie, die wie es sie in Deutschland gab, auch in Frankreich vertreten wird, zu bekämpfen. Er tut dabei das, was Herr Simons im vorigen Jahre, sei es aus innerpolitischer Ungewandtheit, sei es aus innerer Unsicherheit, zu tun veräumt hat: er fordert die Opposition auf, dem Lande sichere und überzeugende Argumente zu unterbreiten, wie die Lage gebessert werden könnte und ihrerseits die Verantwortung zu übernehmen. Man hält ihm vor, daß seine Politik Frankreich mit neuen schweren Steuern belastet, deren Ertrag es eigentlich Deutschland zukäme, zu bezahlen. „Zeigen Sie mir,“ entgegnete Briand, „das Mittel, wie Sie unser Defizit anders als durch Steuern ausgleichen wollen. Das deutsche Geld? Wo wollen Sie es hernehmen? Ich verlange von Ihnen, daß Sie sich darüber hier auf der Tribüne auf das genaueste aussprechen. Es genügt nicht, dem Lande mit Versicherungen zu kommen und zu behaupten, daß eine energischere Politik die Kassen füllen und Frankreich zum unabhängigen Herrn seiner Politik machen würde. All das ist leicht gesagt, aber es stimmt nicht.“

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich in ähnlicher Weise auch Lloyd George, gleichfalls bei Eröffnung des Parlaments, ausgesprochen hat. England, äußerte er, müsse sich von einer Atmosphäre frei machen, in der man nicht als Patriot gelte, wenn man über Deutschland ohne Stimmrunzeln spreche.

Nur wenn diese Stimmung und das energische Vorgehen der Regierung gegen die Caprivi-Theorie in allen in Betracht kommenden Ländern mit gleicher Stärke und Autorität, aber auch zu dem gleichen Zeitpunkt sich durchsetzt, wird die von Asquith geforderte neue Diskussion der Frage der internationalen Verschuldung und der Reparationen sich durchsetzen können. Am schwersten von

diesen Staaten wird es ohne Frage Deutschland fallen, sich zu diesem Standpunkt durchzurufen. Wir gedenken der vielen Glieder unseres Volkstums, die durch grausame und politisch wie wirtschaftlich gleich widersinnige Verträge trotz aller schönen Reden vom Selbstbestimmungsrecht der Völker vom Ganzen abgeschnürt worden sind. Wir gedenken insbesondere jener Hunderttausende, die neuerdings wieder durch die Oberschlesien-Entscheidung in ihrer nationalen Existenz, in ihrer Gesinnung und ihrem materiellen Dasein trotz aller papierernen Regelungen, die nicht einmal endgültig, sondern nur ein Provisorium sein sollen, auf das Schwerste bedroht sind und denen nun keine noch so glühenden Deklamationen und begeisterten Protestkundgebungen, sondern nur durch tatkräftige Unterstützung geholfen werden kann. Die hartnäckige Weigerung der Franzosen, die militärischen Sanktionen aufzuheben, die Schwierigkeiten, mit denen jene Regierung zu kämpfen hat, wenn es sich darum handelt, einmal getane Schritte zurückzutun, läßt für die Zeit der endgültigen Räumung der Rheinlande, der Abstimmung über das Saargebiet, der nochmaligen Änderung des Status in Oberschlesien das allerschlimmste befürchten. Aber es geht doch nun nicht an, daß die Völker, angstgebannt auf diesen Moment starrend, während dieser Frist von 15 Jahren, die vielleicht über das Schicksal Europas endgültig entscheiden, die Hände in den Schoß legen. Wir haben keinen Grund zu der Annahme, daß Frankreich, wenn die Zeit kommt, weniger auf dem Buchstaben des Friedensvertrages bestehen wird als heute. Aber dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß in 15 Jahren sich viel ändern kann. Eine Politik auf lange Sicht erfordert, nicht sich im Hinblick auf den Ablauf dieser 15 Jahre in starrer Feindschaft gegen Frankreich festzulegen, sondern, die Möglichkeit der Unversöhnlichkeit freilich stets im Auge behaltend, alle Mittel zu versuchen, entweder zu einem Einvernehmen mit Frankreich zu gelangen (was dritten gegenüber die Bündnisfröhmlichkeit Deutschlands beträchtlich verstärken würde) oder auch weiterhin Frankreich moralisch im Unrecht zu sehen, wie es sich bereits durch seine Farbigen im Rheinland, durch die eigenmächtige Besetzung Frankfurts, durch das Bestehen auf den Wirtschaftssanktionen, durch seinen Militarismus und sein Bündnis mit Polen ins Unrecht gesetzt hat. Solche Aktionen aber erfordern Ruhe, Umsicht, Klarheit und — Geduld. Es heißt noch lange nicht Deutschland verraten, wenn man nicht überall mittut, wo geschrien oder getrommelt wird. Es ist gerade die Kunst der politischen Leitung, alle Kräfte, alle Richtungen zu nutzen, jede kann einmal brauchbar werden, auch eine Opposition, von welcher Seite sie kommt und sofern sie sich nur nicht gegen den Bestand des Ganzen richtet, kann bei der Durchführung einer Politik gute Dienste tun. Das große Problem in Deutschland ist nur, Männer zu finden, die sich energisch genug von innerpolitischen Rücksichten freizumachen vermögen, um eine solche Politik durchführen zu können. Es hängt wohl mit der eigentümlichen unreifen Kleinstädterorganisation des Deutschen zusammen, daß er politische Gegensätze wohl dem Angehörigen einer fremden Nation, nicht aber dem eigenen Landsmann gegenüber zurückstellen kann. Mit einem Kleinstädtervolk aber kann man keine große Politik treiben.

In wie gefährlicher Weise aber eine solche Kirchsturm- und Kleinstädterpolitik von den weitblickenden Völkern ausgenutzt wird, lehrt das Beispiel Griechenlands. Heute ist Griechenland nicht einmal in der Lage, seine Schulzinsen zu bezahlen. Für die Verwaltung, für die Durchführung des Feldzuges ist kein Geld da, nicht einmal für das Festhalten der Erfolge des Feldzuges. Während des Feldzuges war es die Entente, die, den persönlichen Ehrgeiz des Venizelos, den durch die Erfolge des Balkankrieges verstärkten Schrei nach Großgriechenland ausnutzte. Nach dem Kriege ist es England gewesen, das unter Benutzung der Restaurationsbewegung die Griechen wieder mit der Parole Großgriechenland gegen die widerspenstige Regierung von Angora hezte. Heute läßt sich Lloyd George vor Sunaris verleugnen, der vor französischen Türen betteln muß, und Unterstützung, wenn überhaupt, nur gegen den Preis einer

neuen Revolution erhalten wird. Folgen einer Gefühlspolitik, die die eigenen Kräfte falsch, die des Gegners unterschätzt. Rußnießer sind immer die klarer denkenden, nüchtern rechnenden Völker. Auch Griechen und Türken werden sich bescheiden müssen.

Genau wie jetzt Tschechen und Polen es getan haben. Was war das für ein Gegeneinander, als es um Teschen ging. Heute schließen die Feinde von gestern einen Handelsvertrag. Genau wie Ungarn und Österreich es werden tun müssen. Bei aller Politik muß darauf geachtet werden, daß das Objekt die Anstrengung lohnt und bei einem immer möglichen Mißerfolg nicht in einem absoluten Mißverhältnis zu den gebrachten Opfern stehe. Vor allem aber ist — die Franzosen spüren es jetzt am eigenen Leibe — dauernd keine Durchführung irgend eines politischen Zieles möglich, das nicht aus eigener Kraft gesichert werden kann. Wenn Österreich jetzt für das Abstimmungsgebiet 5000 Mann Ententesoldaten fordert, so ist man sich in Wien wohl kaum darüber klar, wie sehr ein solches Verlangen gegen Österreich einnehmen muß. Nur der erringt sich Achtung, der auf die eigene Volkskraft sich verlassen kann. Wer dieser nicht sicher ist, kann als politische Macht nicht länger mitzählen. Menenius



Bücherschau

Politik I

Dr. Karl Hoffmann, Burschenschaftliches Handbuch für Politik. Im Auftrage des Vaterländischen Arbeitsausschusses der Deutschen Burschenschaft. Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. 1920. Steif brosch. M. 26.—.

Wir geben dem verdienstvollen Herausgeber und seinen Mitarbeitern das Wort zur Selbstanzeige: „Das Handbuch bedeutet eine Abgabe an die liberalistischen Überlieferungen der Mitte des vorigen Jahrhunderts. In diesem Buche wird offenbar, wie die gegenwärtige Burschenschaft von jedem lähmenden Traditionalismus sowohl, als auch von der national-politischen Satttheit der Nach-Bismarckschen Jahrzehnte sich freigemacht hat. Gleich der besten deutschen Jugend fällt sie sich mit den Problemen an, die durch Zusammenbruch und Revolution gestellt worden sind: mit den Fragen des Führertums durch staatsbürgerliche Erziehung, der praktischen

Sozialpolitik, der Selbstverwaltung, organischen Schichtung, berufsständischen Gliederung und der Kammer der Arbeit, mit den wirtschaftlichen Aufgaben deutscher Notgemeinschaft. Andererseits läßt sich die Abkehr vom formalen Parlamentarismus und von der zentralistisch-unitarischen Auffassung des Einheitsgedankens nicht übersehen. Um so stärker tritt die großdeutsche Gesinnung und ein tätiges Interesse für das Deutschtum im Grenzland und Ausland hervor. Wenn die frühere Burschenschaft einmal „demokratisch“ gewesen sein mag, so ist sie jetzt „böllisch“.

Dr. Elias Hurwicz, Zur Reform des politischen Denkens. München. 1921. Drei Masken Verlag. Geh. M. 9.—.

Stellt den politischen Doktrinarismus des Deutschen und Russen der politischen Kunst des Engländer gegenüber und regt dazu an, die Vorbildlichkeit der letzteren zu begreifen.